

Zusammenarbeit mit Herz

Lange Zeit schienen die Fronten zwischen Universitätsspital und Triemli bei der Herzchirurgie verhärtet. Jetzt haben sich die beiden auf eine Zusammenarbeit geeinigt.

Min Li Marti

Herzchirurgie hat in Zürich einen hohen Stellenwert und eine ruhmreiche Geschichte. Daher überrascht das Seilziehen um die Herzchirurgie nicht. Die Schaffung eines grossen Herzzentrums auf dem Platz Zürich war gescheitert, ein unüberbrückbarer Konflikt schien vorhanden. Es geht dabei, wie meist, um Geld und Prestige. Das Universitätsspital wollte keine gemeinsame Lösung im Triemlispital. Die Stadt Zürich wollte ohne Kompensation die lukrative Herzchirurgie nicht einfach aufgeben.

Grösster Verbund

Jetzt haben sich Unispital und Triemli zu einer Allianz zusammengefunden. Die «Allianz Herzchirurgie Zürich» bildet den grössten öffentlichen Herzchirurgieverbund der Schweiz. Beide Spitäler behalten ihre Eigenständigkeit, intensivieren aber die Zusammenarbeit. Die Allianz umfasst einen gegenseitigen Personalaustausch, einheitliche Standards bei Diagnostik und Therapie und gemeinsame Aus- und Weiterbildung. Michele Genoni, Chefarzt für Herzchirurgie am Triemli, wird neu zu 40 Prozent am Universitätsspital wirken. Sein Pendant vom Unispital, Francesco Maisoni, wird neu auch im Triemli zum Einsatz kommen. Die Leistungsverträge beider Spitäler werden durch die Allianz nicht tangiert.

Stadträtin Claudia Nielsen freut sich über die Allianz, da sie die Qualität verbessere und auch den Medizinstandort Zürich attraktiv mache: «Vor nicht allzu langer Zeit wurde schon der universitäre Geriatrieverbund präsentiert, heute stellen wir die zweite strategische Partnerschaft vor. Dieser Zusammenarbeit gehört die Zukunft.» Martin Waser, Präsident des Universitätsspitals, verweist auf die etw. schwierige Vergangenheit: «Die Zusammenarbeit scheint

eine Überraschung, wenn man die Geschichte anschaut. Allerdings wurde auf operativer Ebene schon immer gut zusammengearbeitet. Darauf bauen wir auf.» Die Allianz würde die Position von Zürich und den beiden Spitalern im Wettbewerb entscheidend verbessern. «Mit der Zusammenarbeit schaffen wir Vertrauen für weitere Schritte in der Zukunft», so die Hoffnung von Martin Waser.

«Auf Augenhöhe»

Auch Andreas Zollinger, medizinischer Direktor des Stadtspitals Triemli, nimmt Bezug auf die nicht immer einfache Vergangenheit. Nach dem Scheitern des letzten Anlaufs sei man aber im Gespräch geblieben. Die Gespräche wurden in den letzten Monaten intensiviert. Entscheidend sei, «dass sich zwei Partner auf Augenhöhe begegnet sind.» Es war schnell klar gewesen, dass die beiden Herzchirurgen miteinander arbeiten wollen, die Architektur der Zusammenarbeit sei aber von den Spitaldirektionen entworfen worden. Zollinger betont: «Das Resultat ist primär aus medizinischer Sicht sinnvoll. Eine Zusammenarbeit muss für die Ärztinnen und Ärzte vor Ort funktionieren.» Beide Häuser würden jetzt optimal voneinander profitieren, das sei auch für die Patientinnen und Patienten gut. Für Jürg Hodler, medizinischer Direktor des Universitätsspitals, steht im Zentrum, dass die Aus- und Weiterbildung an den öffentlichen Spitalern gestärkt wird. Diese Aufgabe wird fast nur von der öffentlichen Medizin übernommen: «Weiter- und Fortbildung ist ein Kerngeschäft von uns, es ist gut, hier die Verantwortung teilen zu können.»

Die Zusammenarbeit zwischen Universitätsspital und Triemli scheint sich also zu verbessern. Offenbar ist der pragmatische Weg in mehreren Schritten wie so oft dafür geeigneter als ein grosser Wurf.

Es braucht mehr

Die Bevölkerung im Kanton Zürich wächst. Es mangelt an zahlbarem Wohnraum. Zusätzliche gemeinnützige Wohnungen sind gefordert.

Min Li Marti

Zahlbare Wohnungen sind im Kanton Zürich Mangelware. Trotzdem ist der Anteil gemeinnütziger Wohnungen gesunken. 1970 waren noch 10,5 Prozent der Wohnungen im Kanton gemeinnützig, 2012 waren es nur noch 7,6 Prozent. Für die Wohnbaugenossenschaften Zürich besteht daher dringender Handlungsbedarf.

Effort nötig

In der Stadt Zürich ist der Anteil gemeinnütziger Wohnungen stabil geblieben. Er entspricht heute rund 27 Prozent. Doch die Stadt hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen soll bis ins Jahr 2050 auf 33 Prozent gesteigert werden. «Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen Effort», meint Peter Schmid, Präsident Wohnbaugenossenschaften Zürich. Sie haben berechnet, dass dafür pro Jahr rund 600 gemeinnützige Wohnungen entstehen müssten. «Das Problem ist, dass es kaum mehr günstiges Bauland gibt», meint Peter Schmid, die Alternativen dazu seien der Erwerb von Liegenschaften oder die gezielte Verdichtung auf bereits bestehenden Arealen. Der Verband schlägt fünf Massnahmen vor. Die erste Massnahme wäre ein Rahmenkredit, mit dem die Stadt Zürich Liegenschaften erwerben kann. 1990 wurde ein Rahmenkredit von 100 Millionen Franken vom Volk bewilligt. Die Stadt hat diesen aber bis heute nur zu 30 Millionen Franken ausgeschöpft. Es sind also noch 70 Millionen Franken vorhanden. Zum zweiten solle die Stadt Zürich einen kommunalen Wohnbaufonds schaffen. Dieser Fonds soll selbsttragend und mit 200 Millionen Franken dotiert sein. Die Stadt soll die Chance nutzen, jetzt günstig am Markt Kapital aufnehmen zu können. Die Stadt soll zudem Zonen für gemeinnütziges Wohnen schaf-

fen. Für den Kauf von Liegenschaften und Wohnungen fordern sie, dass die Stiftung für preiswerten Wohn- und Gewerberman (PWG) mehr Eigenkapital und Abschreibungsbeiträge erhält und die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen ihr Stiftungskapital dazu verwendet, neue Liegenschaften zu kaufen.

Auch in der Agglomeration

Barbara Thalmann, die designierte Nachfolgerin von Peter Schmid, beobachtet, dass auch in der Agglomeration der Druck wachse. Der neue Richtplan will, dass in den Zentren verdichtet wird. «Gemeinden werden städtischer und mit neuen Fragen konfrontiert», so Barbara Thalmann. Dieser Druck habe neue Mehrheiten in der Bodenpolitik gebracht. Als Beispiele führte sie die Zweitwohnungs- und die Kulturlandinitiative, die PBG-Revision für Zonen für preisgünstiges Wohnen und das neue Raumplanungsgesetz an, das einen Mehrwertausgleich vorsieht. Hier sieht Thalmann kantonalen Handlungsbedarf: Es brauche einen Mehrwertausgleich von 40 Prozent bei Ein-, Um- und Aufzonen. Der Kanton habe sich entschieden, die Kompetenzen an die Gemeinden zu delegieren – bei den Zonen für gemeinnützige Wohnungen und bei den Wohnbaufonds. «Sternenberg ist nicht wie Dübendorf», fasst Thalmann die Diskussion zusammen. Allerdings sehe die Kantonsverfassung in Artikel 110 die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und des selbst genutzten Wohneigentums vor. «Der Kantonsrat interpretiert Wohnbauförderung aber nur als Steuererleichterung für das Wohneigentum», so Peter Schmid. Die Genossenschaften fordern die Politik auf, die bestehenden Gesetze umzusetzen und den Spielraum zu nutzen. Damit der Anteil gemeinnütziger Wohnungen wieder steigt.